

Fluglärmgegner kochen vor Wut:

Forum Turbulente Diskussion mit Volksvertretern im Kurfürstlichen Schloss

Von unserem Redakteur
Jochen Dietz

□ **Mainz.** „Die (neue Nordwest-Lande-)Bahn muss weg! Die Bahn muss weg!“ Sprechchöre, Buhrufe, Getrappel, Pfiffe, Gejohle, aber auch donnernder Applaus: Das Kurfürstliche Schloss erzittert am Donnerstagabend unter dem Unmut von gut 600 Fluglärmgegnern beim Fluglärmforum auf Einladung der Zukunftsinitiative Rhein-Main. Mainzer und hessischen Bundestagsabgeordneten und -kandidaten soll auf den Zahn gefühlt werden, wie sie denn das Bedürfnis nach Ruhe und Gesundheit der Menschen der Region in Berlin durchzusetzen gedenken: Fluglärm trifft auf Wahlkampf. 22 Kommunen, Städte, Kreise haben sich in der Initiative zusammengeschlossen, um über Landes- und Parteiengrenzen hinweg gegen den Fluglärm vorzugehen.

Einig ist man sich auf dem Podium weitgehend darin: Das Luftverkehrsgesetz muss geändert werden. Es sei zu luftfahrtfreundlich und zu menschenfeindlich. Lärmschutz und damit das Recht auf Ruhe und Gesundheit müsse über Wirtschaftlichkeit und

Wachstum gestellt werden. Die Grenzen des Wachstums und des Erträglichen seien nicht erreicht, sondern längst überschritten, heißt es. Und: Ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr müsse her, das den Namen auch verdiene. Ohne Ausnahme genehmigungen.

Respekt vor dem hessischen CDU-Staatsminister Michael Boddenberg, der sich als Flughafenausbaubefürworter „in die Höhle des Löwen“ wagt, und teils derart

niedergebrüllt wird, dass Moderator Frank Wittig das Publikum zur Ordnung rufen muss. („Geh doch!“, „Wie viele Bonusmeilen hast du denn!“) Boddenberg verweist auf den Flughafenentwicklungsplan der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung, der auch den Ausbau des Frankfurter Flughafens vorsah, seine Wirtschaftskraft, den Airport als „Jobmaschine“, seine Funktion als globales Drehkreuz. Er sagt all das, was Fluglärmopfern

die Zornesröte ins Gesicht treibt. „Billigjobs“, habe der Flughafen gebracht“, hält der Mainzer SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Hartmann entgegen. Bravo-Rufe erntet Anwalt Martin Schröder, der die Stadt Mainz juristisch gegen den Fluglärm vertritt. Er solle endlich in das „gewöhnliche“ Lärmschutzrecht eingearbeitet werden, führt der Fluglärm doch im Vergleich etwa zu Straßen-, Schienen-, oder Industrielärm ein buchstab-

lich frei schwebendes Dasein. „Jeder Lärm wird im deutschen Recht für sich genommen. Die Privilegierung des Fluglärms muss beendet werden.“ Auch Dieter Faulenbach da Costa, parteiloser Kandidat der Linken aus Offenbach und Ex-Flughafenplaner, wird lautstark beklatscht, wenn er Sätze sagt wie: „Von 60 Flughäfen in Deutschland sind 57 überflüssig.“ Oder: „Es ist ethisch und moralisch verwerflich, Arbeitsplätze gegen Gesundheit zu stellen.“

CDU- und der FDP-Vertreter eiern dagegen etwas herum. Hohn-gelächter erntet der Mainzer FDP-Stadtrat Walter Koppius, der allerdings die undankbare Aufgabe hat, Fluglärm doof zu finden, obwohl seine Bundespartei bislang nicht gerade durch Wirtschaftswachstumsfeindlichkeit auffällt und er den eigentlichen Kandidaten Rainer Brüderle vertreten muss. Dass ein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens für ihn „kaum vorstellbar“ sei, kauft ihm niemand ab. CDU-Kandidatin Ursula Groden-Kranich versucht den Spagat zwischen ihrer und der Linie ihrer Bundespartei und -kanzlerin mit der Formulierung, dass man das Thema in der Union „differenziert“ diskutiere. Gelächter.

Was letztlich zählt, ist der Einfluss den die heimischen Abgeordneten auf Bundesebene nehmen können und wie sie ihre Bundes- und Landesparteien sensibilisieren. Auch darin war man sich weitgehend einig.